

Archer 9. 6

ANKÜNDIGUNGS-BUREAU: Kolowratring, Pflanzgasse Nr. 11. Unbekannte Briefe werden nicht angenommen und Manuskripte in keinem Falle zurückgegeben.

# Neue Freie Presse.

## Morgenblatt.

Abonnement für das Ausland: Bei uns (Kreuzland-Versand): Deutschland, Serbien 10 Kr., Italien 12 Kr., Österreich 12 Kr., Belgien 12 Kr., Schweiz 12 Kr., Spanien 12 Kr., Portugal 12 Kr., Griechenland 12 Kr., Türkei 12 Kr., Bulgarien 12 Kr., Rumänien 12 Kr., Persien 12 Kr., Japan 12 Kr., Siam 12 Kr., China 12 Kr., Indien 12 Kr., Australien 12 Kr., Neuseeland 12 Kr., Südamerika 12 Kr., Afrika 12 Kr., Ozeanien 12 Kr.

Nr. 16205.

Wien, Freitag, den 1. Oktober

1909.

Wien, 30. September.

Es geht nicht gut in Wien und Budapest. Auf diese alte Monarchie wird losgehämmert, und sie muß von sehr festem Metalle sein, um das auszuhalten. Wie in den Zeiten des Kaisers Matthias trotz Ungarn und großt Böhmen, und jeder Minister, der die Türe zum Empfangszimmer aufmacht, hat nur Unangenehmes zu berichten. Eine schwere Ministerkrise in Budapest und ein heranziehendes böses Unwetter im Wiener Reichsrat; dort ein Haus, das zum Gefangenen der Bantgruppe geworden ist, und hier ein Haus, das verhältnismäßig kleine Gruppen von liberalen Slowenen und agrarischen Czechen nicht zum wirklichen Leben kommen lassen. Stöße gegen die politische und wirtschaftliche Einheit der Monarchie in Ungarn, und Stöße gegen das nationale Gleichgewicht in Oesterreich. Ueberall Gärungen und Verdruß, überall das Herumgeraten an den empfindlichsten Nerven, überall der Wahnsinn einer Politik der Unmöglichkeit. Es geht nicht gut in beiden Staaten der Monarchie. Wie in diesem Nebel ist die Zukunft. Niemand kann vorausbestimmen, was für die nächsten Wochen zu verfügen sei, und niemand ist zur klaren Auffassung darüber gekommen, wie so viel Hartnäckigkeit und so viel Auflehnung gegen Vernunft, Geschichte und Wohlfahrt zu überwinden seien. Beide Regierungen und beide Parlamente sind in schlimmen Kümernissen. Das ungarische Ministerium hat um seine Entlassung gebeten und liegt nach langem Todeskampfe auf dem Sterbebette, nicht ganz ohne stilles Hoffen auf die Wiederauf-erstehung, was jeden Staatsmann bis zum letzten Atemzuge erquickt. Die österreichische Regierung, gegen die in Prag von den Czechen ein geradezu mutwilliger Streich geführt wurde, wird im Reichsrat auf einen Feind frohen, dem sie das Weiße des Auges wird zeigen müssen, wenn sie selbst handlungsfähig bleiben soll. Eine Luft voll giftiger Dämpfe in der ganzen Monarchie, ein Schwälen von Eiter, eine häßliche, ganz unerfreuliche Zeit, gerade in den Tagen, da frohes Gedenken daran erinnern sollte, wie mutig und kraftvoll sich das Reich während der im Monat Oktober beginnenden Kriegsgefahr gezeigt hat.

Merkwürdig, wie teilnahmslos das Publikum bei den Ereignissen bleibt, die alle berufsmäßigen Politiker in solche Aufregung bringen. Wer die Luft hat, hochmütig auf die Meinungen von Millionen herabzusehen, mag diesen eigentümlichen Widerspruch mit Stumpfheit und mit ähnlichen Komplimenten erklären. Das wäre ganz falsch. Die Stimmungen, die in der Öffentlichkeit zu spüren sind, können gewiß einer Verirrung entspringen, und nur Höflinge des Volkes werden behaupten, daß im trägen Nachfühlen politischer Ereignisse stets eine Wahrheit zu finden sei. Aber dieser Zustand muß immer als höchwichtige Tatsache geachtet werden, die sich nicht mit einer dünnhäutigen Gebärde abfertigen

läßt, sondern zum Nachdenken zwingt. Sie drängt zu der Frage, ob die Millionen, die so viel tüchtige Einsicht und Klugheit und auch so viel Lebenserfahrung in sich bergen; ob diese Millionen nicht doch recht haben und ob der Fessler nicht bei den Aufgereagten ist. Eine höchst bedenkliche Krise in Budapest und zugleich ernste Schwierigkeiten in Wien nach dem Abbruch des böhmischen Landtags, und das tägliche Leben geht ruhig weiter, und nirgends zeigen sich tiefere Spuren der Ver-ängstigung. Wer das sieht, muß beinahe zu dem Glauben kommen, daß die Politik eigentlich nur die Politiker angehe und einen viel geringeren Zusammenhang mit den Wirklichkeiten und einen viel schwächeren Einfluß auf den Pulsschlag der persönlichen Interessen der einzelnen Bürger habe, als die Welt der Staatsmänner, der Parlamentarier und der Publizisten sich selbst vor-schmeichelt. Sich begnügen, über diese auffallenden Gegenstände mit dem alten Trostsprüche des Unverständ-nisses der Menge hinwegzugehen, wäre hoffähig und doch nichts anderes als das Lieb, von der politischen Unruhe aus den Tagen des seligen Meternich. Nein, die Widerstandskraft des Publikums gegen die Eindriffe einer verworrenen Politik gehört zu den wichtigsten Er-scheinungen, worauf das Urteil über die Zukunft sich stützen muß.

Der Volksinstinkt jagt nur undeutlich und ohne die Osieder einer bewußten und klaren Schlußfolgerung, was eine nähere Prüfung gleichfalls finden dürfte. Der Widerspruch zwischen Parlamentsstimmung und Volks-stimmung in Oesterreich wie in Ungarn, diese gemüthliche Entfremdung zwischen den beiden großen Willensträgern der Gesellschaft, kann zwei Ursachen haben. Parlaments-krise sind Machtkämpfe, wobei entweder die Parteien untereinander ringen oder die ganze Volksvertretung sich gegen die Krone wendet. Da kommt es darauf an, wo die wirkliche und die lebendige Macht ist, die tief unter den Paragraphen und Vorschriften des Staatsrechts wie verschüttet liegt und nicht genau zu erkennen ist. Die Volksstimmung gibt auf diese Frage bereits eine deutliche Antwort. Sie teilt uns mit, daß sich in Wien und Buda-pest und darüber hinaus in Städten und Dörfern, wo die Menschen ihrem Brote nachgehen, eine gewisse Ansicht von der Ueberschätzung der gegenwärtigen Parlamentsmacht herausgebildet habe. Der ruhige und sichere Fluß in den Tätigkeitsäußerungen der Gesell-schaft, das gemüthliche Fortspinnen des Alltäglichen während einer scheinbar so gefährlichen Krise, alle diese Merkmale, die jeder rings um sich beobachten kann, sind nicht Zufälle, sondern beruhen auf einer Meinung. Das gibt uns Nachricht von der im Volke herrschenden Auf-fassung, daß die jetzige Parlamentsmacht das Bestehende nicht umwerfen wird. Das berichtet zuverlässiger als jede von Ministern und Staatsmännern herrührende Mel-dung, was nach Entwicklung der Formen der Krise wirklich geschehen wird. Das ist der Ausdruck der Ueber-

zeugung, daß die grundsätzlichen Einrichtungen der Mon-archie, der politische, militärische und wirtschaftliche Zu-sammenhang beider Staaten durch die Krise nicht tiefer berührt werden können. Die Volksstimmung ist das Urteil über den Bestand einer Macht, welche die Trennung weder provisorisch noch endgültig, weder offen noch ver-steckt zulassen darf. Die Ruhe in Ungarn wie in Oester-reich ist nur ein Symptom, daß selbst zehn Kossuths nicht durchzuführen vermöchten, was Franz Kossuth am nächsten Samstag vom Kaiser verlangen wird. Die dualistische Verfassung in der Monarchie wird nicht auf-hören, die Bant wird nicht gehalten werden, die Deutschen in Oesterreich werden nicht wieder sich von czechischen Füssen zerstampfen lassen. Die Parlamente sind nicht allmächtig, und die Parteien können die Fun-damente nicht zerbrechen. Das ist die Ansicht, die der berufsmäßige Politiker aus der Volksstimmung schöpfen und lernen kann.

Deshalb teilt sich die Aufregung der Parteien den großen Massen nicht mit. Das Volk hat andere Maß-stäbe für Einspruch und Gewalt, als die jetzigen Parla-mente, und diese merkwürdige Verschiedenheit zeigt uns die zweite Ursache, die erklärt, warum die parlamentari-schen Krisen nicht zur allgemeinen Bewegung in den weiten Schichten werden. Die Parlamente geben sich die größte Mühe, volkstümlich zu sein. Sie streuen das Geld auf das Pflaster und laufen auf die Beschwerden und sogar auf die Launen jedes Standes mit fast demütiger Bereitwilligkeit. Für die Volksgunst zerstreuen sie die Finanzen, und trotz dieser Hingebung bleibt es sehr un-sicher, ob Parlament und Volk gerade in unserer Zeit sich besser verstehen und einander näher gerückt sind. Das ungarische Parlament hat beschlossen, sich am nächsten Dienstag wieder zu versammeln. Die Maßregel ist be-nahe verkehrt und streift an Vorgänge sehr enger Natur. Trotzdem rührt sich kein Mensch in Ungarn. Das Parlament handelt, als wollte es die Grenze des Friedens überschreiten, und keine Hand regt sich im Lande, und die leidenschaftliche Nation der Welt bleibt so gleichgültig, als könnte sie in den Streit mit der Krone gar nicht hineingezogen werden. Parlamentsstimmung und Volks-stimmung decken sich auch in Oesterreich nicht immer, und das mag der Grund sein, warum in beiden Staaten der Monarchie so häufig von der Auflösung der Parlamente gesprochen wird. Es liegt doch etwas im Volke, was sich bisher im Parlamente nicht durchzusetzen vermochte. Parla-mentspolitik ist jetzt nicht mehr ganz und nicht mehr aus-nahmslos Volkspolitik. Die Völker sind ruhiger als die Parlamente, und sie spüren, daß doch Mächte in dieser Monarchie sind, die für Beständigkeit sorgen, wenn auf den wichtigsten Gebieten die Unbeständigkeit droht. Die Notwendigkeit tritt schließlich an die Parteien heran und beugt ihren Müden, und das Volk spürt schon heute, was morgen geschehen muß.

Die 32. Fortsetzung des Romans „Unser Herr“ von Grazia Deledda befindet sich auf Seite 21.

### Fenilleton.

#### Der verlassene Student.

Von Hermann Fahr.

Ich sehe noch meinen alten Vater traurig in unserem kleinen Garten sitzen, hilflos betrübt, als ich, kaum 19 Jahre alt, zum erstenmal von der Universität kam; er konnte sich nicht erklären, was in den paar Monaten dort aus mir geworden war, und ihm wurde bang vor dieser unbegreiflich neuen Zeit. Er hatte sich in jungen Jahren als Notar in Linz angeheiratet, das sich damals eben aus einer kleinen Landstadt allmählich emporzustrecken begann, und die Redlichkeit seines besonnenen tätigen Wesens gewann ihm bald überall das Vertrauen der Mit-bürger. In den Rat der Gemeinde gewählt, konnte er seinen gelassenen Ernst an den Fragen ihrer Verwaltung zeigen, bald stieg er in den Landtag auf, viele Jahre hat er dann als Landesauschuss erbt das Schulwesen, später das Strafenwesen Oesterreichs in seiner festen Hand gehabt. Mit dem streitbaren Bischof Rudigier maß er sich gern und ist ihm nichts schuldig geblieben. Immer, wenn dieser kampfbereite Held der Finsternis wieder einmal seine drohende Stimme, der die Gewohnheit des Vorarlberger Dialekts, Entwürfen voll ausstüngen zu lassen, einen merkwürdig breiten, widerhallenden Schall gab, gegen die Verderbtheit unserer von Gott abgefallenen Welt erhoben und sich ausgedehnt hatte, wußte man schon, daß jetzt sicher gleich mein Vater aufstehen und in seiner immer anfangs ein wenig zögernden Art, die sich erst einer leisen Befangenheit verschließen und langsam am Ge-fühl des eigenen Rechts erwärmen mußte, die Sache der Freiheit und des Fortschritts führen werde. Freiheit und Fortschritt hieß es ja damals, obwohl es sich im Grunde bloß um die einfachsten Sorgen des jungen Bürgertums gehandelt hat, das Ordnung im Staate verlannte. Schug

gegen Willkür, die Möglichkeit, sich wirtschaftlich zu regen und zu dehnen, und die dazu notwendige Bildung. Mein Vater war beileibe kein Schwärmer, große Worte hatten keine Macht über ihn, sein Sinn stand dem Nächsten zu-gelehrt. Daß der Bauer und der Bürger von seiner Arbeit leben könne, daß er hoffen dürfe, seine Kinder durch Bildung aufrücken zu lassen, daß er das Recht habe, nach seinen eigenen Erfahrungen und Bedürfnissen mitzubestimmen, was notwendig für das Land ist, daß das Gesetz für alle gelte, daß keine wirtschaftliche, keine geistige Kraft gebunden bleibe, diese paar bescheidenen Wünsche genügten jenem Bürgertum; sie sind freilich auch heute noch nicht erreicht worden. Seine Kraft aber bestand darin, daß er diese Wünsche durchaus nicht als Forderungen seiner eigenen Klasse, sondern sich immer als Anwalt des allgemeinen Wohls, als Sprecher der ganzen Menschheit empfand. Was damals in Oesterreich Liberalismus hieß, war sich keineswegs be-wußt, der Ausdruck des wirtschaftlich wachsenden Bürger-tums zu sein, und es zweifelte nicht, im Namen des Staates, des Volkes, ja der notwendigen menschlichen Ent-wicklung zu sprechen. Diesen alten Liberalen war es fern, bloß der Masse zu dienen, der sie angehörten; sie nahmen für die Menschheit Partei, in ihren Diensten glaubten sie zu stehen. Dies gab ihnen solche Sicherheit, und wenn wir jetzt, gerechter als es die Mitlebenden sein können, langsam anfangen, die Männer, die in den Sechziger- und Siebzigerjahren ein neues Oesterreich entworfen haben, ohne die gestaltende Kraft freilich, allmählich geschichtlich mit der Gelassenheit des Psychologen zu betrachten, werden wir, bis erst aus Briefen und Dokumenten einmal ihr eigentlicher Sinn aufgedeckt sein wird, erkennen, daß sie für ihr eigenes Gefühl keineswegs das wirtschaftliche Be-dürfnis einer besonderen Klasse, ja nicht einmal das poli-tische Gebot einer besonderen Doktrin zu besorgen, sondern unwandelbaren, ewigen Ideen zu gehorchen glaubten. So hat es auch mein Vater immer empfunden; er war über-zeugt, auf dem rechten Wege zu sein, und hätte jetzt gar nicht vorstellen können, daß ein vernünftig und rechtlich denkender Mensch nicht seiner Meinung wäre.

Denn sie war ihm nicht die Meinung einer Klasse, nicht die Meinung einer Partei, sondern die notwendige Mei-nung der Vernunft und der Gerechtigkeit. Er nannte sich einen Liberalen, aber dies war ihm der Name für alle, die die Religion einer beständigen Entwicklung zur Wahr-heit bekannten. Sein Liberalismus war ein Humanis-mus. Wo er Menschen leiden oder irren sah, war er bei sich gewiß, daß dies immer nur durch Unvernunft ver-schuldet war, durch ihre eigene oder die der Einrich-tungen; und er zweifelte nicht, daß durch Vernunft allen zu helfen wäre. Und nun kann man sich denken, was es für diesen aufrechten, seines Glaubens so ge-wissen, bei großer Mühe doch sehr standhaften alten Mann gewesen sein muß, als sein eigenes Fleisch, zum erstenmal von der Universität zurück, ihm in unserem stillen Garten gleich am ersten Tag mit der vernünftigen und grausamen Sicherheit der Jugend den Bankrott des Liberalismus erklärte. Das war nämlich die neueste Nach-richt, die ich aus Wien mitgebracht hatte: „Der Liberalis-mus ist aus, eine neue Zeit bricht an, Platz für uns!“ Und ich sehe noch den ratlosen Blick meines alten Herrn und höre seine Stimme noch heklommen fragen: „Was hat man in Wien aus dir gemacht?“ Dann stand er auf, ging zwischen den kleinen Beeten durch den engen Garten hin und sagte von Zeit zu Zeit bloß immer wieder: „Was ist denn nur mit dir geschehen, was ist denn ge-schehen?“ Ich aber, fröhlich hinter ihm her und meine bunte Müze schwenkend, tief immer wieder: „Ja, jetzt sind wir da, und alles muß jetzt anders werden!“ Und dann begab es sich noch, daß seine Freunde kamen, alte Liberale wie er und auch Väter von Söhnen; und alle diese Söhne hatten es von Wien mitgebracht, daß der Liberalismus vorüber sei. Und nun sahen die Väter bei-fammen und konnten es nicht fassen, die ganze Jugend abträmmig zu sehen, und verstanden die Welt nicht mehr. Einer sagte, mit der Ergebenheit der Erfahrung: „Ja, das ist der Wandel der Zeiten, die Jugend will stets anders glücklich sein!“ Das ergrünte meinen Vater, und er sprach: „Der liberale Gedanke kann nicht altern, denn



### Möglichkeit einer Auflösung des ungarischen Abgeordnetenhauses.

(Telegramm des „Neuen Freien Presse“.)

Budapest, 30. September.

Die heutige Audienz des Ministerpräsidenten Doktor Wekerle nahm einen von der Norm abweichenden Verlauf. Gewöhnlich pflegt der Monarch, wenn ein Kabinett seine Demission gibt, diese anzunehmen. Dann werden Bemühungen zur Bildung eines neuen Kabinetts eingeleitet, und wenn das neue Ministerium fertig ist, erfolgt die Enthebung der alten Regierung von ihrem Amte. Wäre dieses bei früheren Ministerkrisen befolgte Vorgehen eingehalten worden, so hätte am heutigen Tage die Demission des Kabinetts Wekerle angenommen werden müssen. Die endgiltige Enthebung des Kabinetts hätte immerhin einem späteren Zeitpunkt vorbehalten werden können. Der Monarch hat jedoch die Demission nicht angenommen. Er hat sich überhaupt nicht darüber ausgesprochen, was mit dem Demissionsgesuch des Kabinetts geschehen solle, und hat die Regierung einfach aufgefordert, die Geschäfte weiterzuführen. Dieser Entschluß ist nicht gleichbedeutend mit der Ablehnung der Demission, er zeigt aber doch, daß der Monarch das gegenwärtige Kabinett seiner Pflichten nicht entbinden will, bevor es gelungen ist, ein anderes an seine Stelle zu setzen. Dieser Vorgang ist ganz ungewöhnlich und muß seine besonderen Gründe haben.

Uebereinstimmende Meldungen besagen, daß der Grund dieses Vorgehens in dem Wunsche des Monarchen zu suchen sei, daß die koalitierten Parteien auch weiterhin mit vereinten Kräften trachten sollen, normale Verhältnisse im ungarischen Parlament herzustellen.

Wie in gut unterrichteten Kreisen verlautet, legt der Monarch auf diese Art der Lösung so viel Nachdruck, daß er entschlossen ist, falls die Parteien seinem Wunsche nach gemeinsamer Weiterführung der Geschäfte nicht Rechnung tragen, das Abgeordnetenhause aufzulösen und ein außerhalb der Parteien stehendes Kabinett mit der Durchführung von Neuwahlen zu betrauen.

Der Monarch akzeptiert weder den Entwurfsvorschlagn Wekerles noch den Franz Kossuths. Er verhält sich dem Plan einer definitiven Entwirkung gegenüber, wie ihn die Siebenundsechziger Minister ausgearbeitet haben, ablehnend, weil dieser keine Sicherheit dafür bietet, daß man über die Schwierigkeiten der nächsten Zeit hinwegkommen werde. Er lehnt aber auch den von der Achtundvierziger Partei vorgeschlagenen Plan einer provisorischen Lösung ab, weil dieser keine Gewähr dafür bietet, daß in späteren Zeiten nicht schwere Verwicklungen aufstauen. Der Kaiser möchte jene Sicherheit für die nächste Zeit, die nur die Unterstützung Kossuths und der Mehrheit geben kann, mit der Sicherheit für die fernere Zukunft vereinbaren, welche in der Erhaltung des Einflusses der Siebenundsechziger Parteien auf den Gang der Regierungsgeschäfte gelegen ist. Ob eine definitive oder eine provisorische Lösung versucht wird, scheint vom Standpunkt der Krone vorläufig eine Frage zweiten Ranges. Sowohl die eine als auch die andere Lösung würde der Monarch vielleicht grundsätzlich annehmen können — selbstverständlich wären in beiden Fällen noch gewisse Erwägungen und Verhandlungen notwendig — aber sowohl den einen als auch den anderen Plan kann er nur dann akzeptieren, wenn die beiden großen Parteien des Reichstages, die Siebenundsechziger Parteien mit Wekerle und dem Grafen Andrássy und die Unabhängigkeitspartei mit Franz Kossuth und dem Grafen Apponyi, bereit dafür eintreten. Geschieht dies nicht, so bietet ihm keiner der beiden Pläne die nötige Sicherheit. Der Kaiser

könnte nicht die zur Herbeiführung einer definitiven Lösung nötigen Zugeständnisse machen, weil die über die Mehrheit verfügende Unabhängigkeitspartei die Wirkung dieser Zugeständnisse zunichte machen und eine Entwirkung trotz der Zugeständnisse der Krone verhindern könnte, und er wäre auch nicht in der Lage, die Geschäfte der Unabhängigkeitspartei zu überlassen und dadurch den maßgebenden Einfluß der Siebenundsechziger Parteien auf den Gang der ungarischen Politik vollständig auszuschalten. Für die Krone ist somit ein jeder der beiden Pläne distastabel, wenn er von den beiden großen parlamentarischen Gruppen zugleich gedeckt wird, und keiner annehmbar, wenn nur die eine der beiden Gruppen ihn befürwortet. Dies ist, soweit hierüber in hiesigen politischen Kreisen Aufschlüsse vorliegen, der Standpunkt der Krone. Diesen Standpunkt dürfte der Kaiser in der heutigen Audienz auch dem Ministerpräsidenten Dr. Wekerle gegenüber eingenommen haben.

Es fragt sich nun, ob sich diese Auffassung heute auch durchsetzen läßt. Die Verhältnisse im ungarischen Abgeordnetenhause sind jedenfalls augenblicklich wenig günstig. Es müßte sich sehr vieles ändern, damit jener Standpunkt zur Bewirklichung gelangen kann. Vor allem müßten sich die beiden Parteigruppen, sowohl die Unabhängigkeitspartei als auch die Siebenundsechziger Partei darüber einigen, ob sie den von Dr. Wekerle vertretenen Plan einer definitiven Entwirkung oder den von Franz Kossuth ausgearbeiteten Plan einer provisorischen Lösung mit Ausschaltung aller schwebenden Fragen beifürworten wollen. Es ist schwer abzusehen, wie hierüber eine Einigung möglich sein soll. Dr. Wekerle und Graf Julius Andrássy haben von allem Anbeginn an nachdrücklich erklärt, daß sie einer die Unklarheit der Situation aufrecht erhaltenden provisorischen Lösung nicht zustimmen werden, sondern eine solche bekämpfen würden. Franz Kossuth schien eine Zeitlang wohl Neigung zu haben, diesem Standpunkte der Siebenundsechziger Parteien beizupflichten. Er hat sich jedoch seither so entschieden für einen besonderen Entwirkungsvorschlag erklärt, daß seine Zustimmung zu dem Siebenundsechziger Entwirkungsplan kaum zu erhalten sein wird. Dazu kommt noch eine weitere politische Schwierigkeit. Es ist nämlich ganz gewiß, daß in dem Falle, wenn eine Annäherung zwischen den Siebenundsechziger und Achtundvierziger Parteien zu Stande kommen würde, die Anhänger Juschs, die darauf eingeschworen sind, daß sie die Koalition in keiner Form wieder ausleben lassen wollen, in die Opposition treten. Und so käme Kossuth wieder in die Lage, gegen die Gruppe Jusch Stellung nehmen zu müssen. Es fragt sich aber sehr, ob Kossuth das, was man seit Ende April von ihm erwartete und wozu er sich die ganze Zeit über nicht auftraffen konnte, jetzt zu tun im Stande sein wird, dies um so mehr, als in der Zwischenzeit eine förmliche Verbrüderung zwischen ihm und Jusch stattgefunden hat. Sachliche und persönliche Schwierigkeiten stehen somit einem Zusammenwirken der bisher koalitierten Parteien im Wege. Es ist zweifelhaft, ob sie sich überhaupt befechtigen lassen werden. Jedenfalls müßte sehr viel Zeit verstreichen, wenn sich eine gewisse Abstumpfung der Gegensätze andähen soll. Daß dieser Prozeß möglich ist, soll nicht geleugnet werden, daß er jedoch wahrscheinlich ist, kann niemand behaupten. Der Plan hat in Ungarn Anhänger, besonders im Kreise der um den Grafen Apponyi gescharten gemäßigten Gruppe der Unabhängigkeitspartei, aber diese Gruppe besteht aus wenigen Politikern, die nicht den Ausschlag geben können.

Der Versuch, auf diesem Wege zum Ziel zu gelangen und auf alle Parteien einen Druck im Interesse dieser Lösung zu üben, wird allem Anschein nach unternommen werden. Sollte dieser Versuch scheitern, dann müßte man wohl allen Ernstes mit der Auflösung des gegenwärtigen Abgeordnetenhauses rechnen.

### Aeusserungen von Mitgliedern der Unabhängigkeitspartei über die Lage.

(Telegramm des „Neuen Freien Presse“.)

Budapest, 30. September.

Mit der Audienz Kossuths ist der Entwirkungsplan der Unabhängigkeitspartei in den Vordergrund gerückt. Unter solchen Umständen ist es von Interesse, die Auffassungen kennen zu lernen, die im Schoße der Unabhängigkeitspartei bestehen. Wir veröffentlichen im nachfolgenden die Äußerungen zweier Mitglieder der Unabhängigkeitspartei, die verschiedenen Richtungen innerhalb dieser Partei angehören, die des Hofrates Universitätsprofessors Bela Földes, der zu den Intimen Juschs zählt, und jene des mehrjährigen Referenten des Heeresauschusses der ungarischen Delegation, Ladislaus von Kolicsanyi, der dem gemäßigten Flügel der Unabhängigkeitspartei angehört.

#### Universitätsprofessor Hofrat Bela Földes.

Die letzte Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses schloß mit der Abschiedsrede Wekerles. In ihr liegt auch das Symptom für die gegenwärtige Lage. Wir glauben nicht, daß Herr Dr. Wekerle diesen Tag zu seinen besten Tagen zählen wird. Wohl fand er an manchen Stellen Beifall in den Reihen der Verfassungskomitee und noch energischeren in den Reihen der Volkspartei — jener Volkspartei, deren Programm die Revision der Wekerleschen Ehegesetze enthält — doch war der Eindruck nicht zu überwinden, daß Wekerle nicht den Weg fand, die ihm ungünstige Stimmung im geringsten umzustimmen. Selbst der Angriff auf die Rationalistenpartei und die Forderung der unverletzten Behauptung der ungarischen Staatsidee hat dies nicht zu bewirken vermocht.

Es wurde öfters behauptet, daß gewisse Charakterzüge Franzosen und Ungarn gemeinsam sind. In Frankreich stürzte vor wenigen Wochen Clemenceau, der noch den Tag vorher als unerschütterlicher Fels betrachtet wurde, weil ihm der Ausdruck „Demütigung der französischen Nation“ entchlüpfte. Der nationale Stolz setzte ihn hinweg. Die Art, in der Wekerle sein Festhalten an der bestehenden Fesselbauorganisation erklärte, war zu einseitig, namentlich von Seite eines Mannes, der an der Spitze der „nationalen“ Regierung steht, die der „nationale Widerstand“ zeugte, die in der Thronrede die Weisung erhielt, „alles aufzubieten, wirtschaftlich in nationaler Richtung zu stärken“. Das war Stimmung und Hoffnung jener Zeit, die Wekerle an die Spitze der Regierungsgeschäfte führte. Dem gegenüber hat Wekerles Politik zu sehr den trodenen Ton der Geschäftlichkeit, ohne jedwede Rücksicht auf die Macht nationaler Aspirationen. Bei diesem Habitus halten wir es für ausgeschlossen, daß Wekerle als leitender Staatsmann wieder auf der Bühne erscheine. Wir leben in einer Zeit der interessierten nationalen Empfindlichkeit allüberall. Dem muß Rechnung getragen werden.

Darum halten wir es für ziemlich ausgeschlossen, daß die von Dr. Wekerle vertretenen Entwirkungspläne zu einem Resultat führen. Wenn die dreieinhalb Jahre Koalition den Sinn für wahren Parlamentarismus abgestumpft haben, so macht sich jetzt um so mehr das Bedürfnis geltend, auf den ehrlichen, getreten Weg des Parlamentarismus zurückzukehren. Führer des Parlaments und Chef des Kabinetts kann nur der Führer der Mehrheit sein, namentlich wenn diese Mehrheit bereit ist, als gouvernementale Partei die Regierung auch dann zu unterstützen, wenn dieselbe von dem Programm der Partei nur so viel zu verwirklichen vermag, als dies die Notwendigkeit fordert. Eine Nation gänzlich auf Resignation zu stimmen, ist in unseren Tagen unmöglich, und das wird es auch in Ungarn sein, selbst wenn man dem politischen Sagenabbath freie Bahn lassen würde.

Die letzten Tage haben selbst die hartnäckigsten Zweifler davon überzeugt, daß die Unabhängigkeitspartei in ihrer Gesamtheit den Weg einschlagen wird, den die Ereignisse vorgezeichnet. Nicht zwanzig, dreißig Abgeord-

immer wieder die Menschheit zu verjüngen, ist allein sein Sinn, und wenn sich diese Jugend von ihm losläßt, jagt sie sich von sich selbst los; das ist das Unbegreifliche! Und dann sahen die Väter noch lange stumm und sahen nach und fragten bloß immer wieder: „Was hat man aus unseren Söhnen in Wien gemacht, was kann denn nur geschehen sein, was ist denn nur mit ihnen geschehen?“

Aber das Unbegreifliche war sehr einfach, es war weiter nichts geschehen, als daß sich in Wien ein paar geachtete Leute, die den Sinn der Jugend zu behandeln wußten, an unseren Tisch gesetzt und unserer Gedanken bemächtigt hatten. Das wurde ihnen leicht, denn wir hätten uns dem Teufel selbst ergeben, um nur mit unserer Sehnsucht und unserem ungewissen Drang nicht länger allein zu sein. Unvergesslich ist mir, in welcher Einsamkeit und geistigen Verlassenheit wir damals waren. Bis zur Matura hatte man uns verperrt gehalten, und jetzt war uns plötzlich die Welt aufgetan, tausend Gedanken boten sich an, tausend Gestalten des Geistes drangen auf uns ein und wir rasselten Buben sollten wählen! Nun liegt es aber in der Menschenart, daß Gedanken ohnmächtig sind, wenn sie nicht die Wärme, nicht die lebendige Stimme der sinnlichen Erscheinung haben. Ein einziger Mann, ohne viel zu reden, wirkte durch das Beispiel seiner unmittelbaren Gegenwart auf die Jugend mehr als alle Lehre. Und unser Leidwesen war, daß wir überall nur Lehren fanden, nirgends Lehrer. Der Herr auf dem Katheder vermied es, uns ein lebendiger Mensch zu sein, und entfernte sich, wenn seine Stunde vorüber und das Buch wieder geschlossen war; er blieb was ganz wesenlos. Tausend Fragen hatten wir, niemand antwortete. Niemand nahm sich unser an. Und so rannnen wir ungestillt durch die große Stadt, nach einer einzigen warmen Hand. Den Atem eines Menschen zu hören, eine lebendige Stimme zu hören, von der Hoff-

und Angst unserer entsetzten Verlassenheit in der Nähe teilnehmender Freundschaft aufzuatmen, war die große Sehnsucht. Da setzten sich ein paar politische kluge Männer an unseren Tisch, und wir waren ihnen verfallen. In unserer Seligkeit, nur überhaupt einen lebendigen Menschen zu haben, der uns zuhörte, dem wir uns anvertrauen konnten, der diese höchst verworrene Welt um uns zu beherrschen schien, wären wir ihnen in die Hölle gefolgt. Aber sie verlangten das gar nicht, sie trieben uns nur den angestammten Liberalismus aus. Und dann wunderten sich unsere Väter! Aber sie hatten ntemals versucht, den Liberalismus an unseren Tisch zu setzen.

Das ist jetzt bald dreißig Jahre her. Und heute sitzt nun wieder eine neue Jugend in Oesterreich verlassen da und ist hilflos verzagt und wartet, wer sich an ihren Tisch setzen wird; dem wird sie gehören. Unser Bürgertum aber fragt nicht nach ihr, und dann wird es sich wieder wundern, seine Söhne bei den Feinden statt an seiner Seite zu finden. Und man wird es wieder klagen hören, daß bei uns alles Parteiwesen stets aus einem Extrem ins andere springe, statt einer ungestörten, bedächtig vom Vater auf den Sohn fortwirkenden Entwirkung, wie sie zum Beispiel in England geschieht. Und man wird wieder einmal England um den gelehrigen Sinn seiner bildsamen Jugend beneiden, die stets das Erbe der Väter erwirbt, um es im eigenen Geiste zu besitzen, während unsere, stürzisch und zuchtlos, immer das kaum Errungene gleich wieder verwirrt. Wenn man aber das Beispiel der englischen Jugend lobt, sollte man sich erst an den englischen Vätern ein Beispiel nehmen. Sie haben gelernt, daß es, um sich der Jugend zu versichern, notwendig ist, sie, bevor sie noch hinausgeschickt wird, mit dem Leben bekannt zu machen. Sie wissen, daß Kenntnisse, die man aus Büchern hat, nicht genügen, um mit ihnen das Leben zu bestreiten. Sie

wissen, daß die Lehre für die Jugend nichts ist, der Anblick naher Beispiele viel, der eigene Versuch alles. Sie wissen, daß es kein stärkeres Erlernen gibt als das Erleben. So sorgen sie dafür, daß sich der Sohn, unter ihren Augen noch, im Kleinen an den Sorgen üben lerne, die er, wenn einst ihre Hände sinken werden, im großen bestehen soll. Das ist dort nicht erst heute so, schon immer haben sie dort den Sinn des Studenten für die Fragen, die den Mann erwarten, zurückgehen und für den öffentlichen Dienst einzustellen verstanden. In John Mortleys „Leben Gladstones“, diesem hübschen Beispiel einer Biographie, worin sozusagen unter unseren Augen die Zubereitung eines großen Mannes geschieht, kann man, in dem Kapitel über Oxford, nachlesen, wie der junge Gladstone von wissenschaftlichen und literarischen Neigungen suchte zum politischen Erwachen gelangt; und in den Debatten der jungen Leute zum Redner ausgebildet wird. Die Bewegung um die Reform-Bill von 1831 ergreift ihn, und, noch keine zwanzig-jährig Jahre alt, hält er unter den Studenten seinen ersten großen Speech, volle drei Viertelstunden lang. „Ich habe mir schon immer gedacht“, schrieb er an seinen Bruder, „es müßte zu den allerhöchsten Dingen auf der Welt gehören, einmal drei Viertelstunden lang zu sprechen.“ Einer seiner Kollegen aber hat später erzählt, daß sie, als Gladstone sich nach seiner Rede wieder setzte, alle das Gefühl einer Epoche in ihrem Leben hatten. In seinem war es wirklich eine, denn es verging kein Jahr, da kam ihm, der eben in Italien reiste, nach Mailand ein Brief des jungen Lord Lincoln nach, der ihm anbot, sein Vater, der Herzog von Newcastle, sei bereit, ihn zum Abgeordneten von Newark zu machen, eingebend seiner Rede. Ihr also hatte er es zu danken, daß sich sein Leben so rasch entschieden hat. Bei uns wäre er ein beliebter Kommerzienrat, dann gelegentlich relegiert und schließlich Fahnenwart eines Turnvereins worden.

nete, nicht die verächtlich sogenannte Bankgruppe, sondern alle jene verfolgen diesen Weg, die in der Volksseele zu leben verstehen, die erkannt haben, daß es sich hier um eine tiefere nationale Bewegung handelt, für die die nationale Bank nur ein Symptom ist, eine Bewegung, die zu unterdrücken niemandem gelingen wird. Alle Heimfuchungen werden das Land von seinem Ziele nicht ablenken, wohl aber die Monarchie, ihre Leistungsfähigkeit, ihre internationale Stellung beeinträchtigen. Das Recht hat der," sagt Ibsen, „der am innigsten mit der Zukunft im Bunde geht."

**Ladislau v. Osliecsanyi,**

Referent des Ausschusses der ungarischen Delegation.

Ich für meinen Teil vertrete entschieden die Auffassung, daß es nicht allein das Interesse Ungarns, sondern das Interesse beider Staaten der Monarchie erfordert, daß die Krise je eher in verfassungsmäßiger Weise eine Lösung erfahre, welche in Ungarn eine allgemeine Beruhigung und Zufriedenheit erwecken, das Verhältnis der beiden Staaten aufrichtig freundschaftlich gestalten und jedes Mißtrauen und Mißverständnis zwischen dem Herrscher und der Nation ausschließen würde.

Je vollkommener dieses Ziel bei der Entwirrung erreicht wird, um so mehr werden dadurch die internationale Machtstellung, das Gewicht und das Ansehen der Monarchie gewinnen. Aus diesem Gesichtspunkte könnte ich keine Entwirrung mit Freuden begrüßen, welche den Charakter der Zeitweiligkeit an sich tragen und die großen aktuellen Streitfragen gänzlich oder zum Teil ungelöst lassen würde.

Das wäre eben keine Lösung der Krise, sondern nur eine Aufschiebung von heute auf einen späteren Termin, zu welchem dann die Krise, vielleicht unter viel ungünstigeren Konstellationen, gewiß in einer bedeutend schärferen Form losbrechen würde.

Durch eine zeitweilige und der Aufrichtigkeit entbehrende Lösung werden Hoffnungen erweckt und genährt, welche unbedingt zur Enttäuschung führen müssen. Eine jede Enttäuschung aber bringt die Verschärfung der Gegensätze und die Kräftigung der radikalen Bestrebungen mit sich.

Eine der zu lösenden volkswirtschaftlichen Fragen, die Bankfrage, ist durch das Näherücken des Termins, an welchem das Privilegium der Bank abläuft, aktuell geworden. Diese Frage muß also bis zu dem gesetzlich festgestellten Termin in einer oder der anderen Weise unbedingt gelöst werden.

Die militärischen Forderungen Ungarns würden zwar erst dann aktuell werden, wenn die Heeresleitung von den Gesetzgebungen im Interesse einer ertensiven Entwicklung der Armee und der Marine Opfer verlangen würde, die das bisherige normale Maß übersteigen, doch wäre die gleichzeitige Lösung der Militärfragen und der Bankfrage wünschenswert, denn nur in diesem Falle könnte die Entwirrung eine allgemein befriedigende und dauerhafte werden. Eine solche gleichzeitige Lösung beider Fragen würde es auch ermöglichen, daß die Armee früher in den Besitz jener Mittel käme, deren sie zu ihrer Entwicklung bedarf, und die so gewonnene Zeit wäre für die ganze Monarchie ein Vorteil, der sowohl aus militärischen Rücksichten wie auch aus Rücksichten der äußeren Politik nicht gering zu schätzen wäre. Die allgemein anerkannten Bedürfnisse der Entwicklung der Armee können nämlich von Seiten Ungarns in keinem Falle gewährt werden, solange alle jene Erfordernisse des ungarischen Staates nicht erfüllt sind, welche mit dem Siebenundsechziger Ausgleich nicht nur in keinem Widerspruch stehen, sondern geradezu aus dem Ausgleich hervorgehen und die Einheit der Armee weder gefährden noch beeinträchtigen.

Wenn ich manchmal mit Studenten zusammen bin, erschreckt es mich immer wieder, in welcher geistigen Einsamkeit und entsetzlichen Verlassenheit sie leben. Die meisten stammen aus dem Beamtentum, den sogenannten liberalen Berufen und der Kleinbürgerlichen Welt, aus Gegenden also, wo so schon die Sitte herrscht, die Kinder so lange als möglich vor allen Wirklichkeiten verwaht zu halten. Niemals haben sie noch, aus ihrer eigenen Klasse weg, ins Leben der anderen blicken können, sie kennen den Bauer so wenig als den Arbeiter, die Denkart der ganzen Nation ist ihnen fremd. Statt nun auf der Universität dies nachzuholen, sitzen sie verlassen da und müssen sich mit Sport und Spiel betäuben. In den Parteien aber, an denen es ist, die Rechte des Bürgertums zu verwalten, wird verwundert geklagt, daß es an Nachwuchs fehle, und man tut erstaunt über die Trennung unserer Intellektuellen von allen öffentlichen Fragen. Und eines Tages werden sich nun wieder ein paar Leute, die klüger sind, zu den verlassenen Studenten an den Tisch setzen, und ihnen wird die Jugend gehören. Und wenn die Jugend gehört, dem gehört die Zukunft. Und die anderen werden wieder betroffen fragen: Warum gehört die Jugend nicht uns?

Das deutsche Zentrum, das in seinem Maß gegen unsere Zeit sie viel besser zu verstehen und viel besser zu benutzen weiß als diejenigen, die ihr zu dienen bereit sind, hat ein Sekretariat sozialer Studentenarbeit geschaffen, das sich vorsetzt, den Gedanken der „Lebenssolidarität“ zwischen den verschiedenen Klassen, besonders zwischen den Handarbeitern und den Kopfarbeitern, zu pflegen und die Studentenschaft aus ihrer Absperrung in eine Verbindung mit dem Volk zu bringen. Der Student steht jedem bereit, der sich seiner Verlassenheit erbarmen will. Aber umsonst erwartet er ein Zeichen von den Parteien der Freiheit. Sie lassen es wieder ruhig zu, daß der Feind sich der Jugend bemächtigen wird.

Eine in diesem Sinne den Rechten und Interessen des ungarischen Staates Rechnung tragende Lösung der Militärfragen wäre gerüh auch mit dem Vorteil verbunden, daß hiedurch gegenseitiges Vertrauen und Verständnis der beiden Staaten hervorgerufen würde, wodurch ein beide Teile befriedigendes Kompromiß über die wirtschaftlichen Fragen und hauptsächlich über die Bankfrage näherücken würde.

Ungarn beansprucht heute weder in volkswirtschaftlicher noch in militärischer Hinsicht irgend andere Rechte als ihm im Siebenundsechziger Ausgleich zuerkannt wurden. An diesen Forderungen muß aber Ungarn festhalten, denn sie bilden die unerläßlichen Bedingungen seines Fortschrittes, seiner staatlichen Entwicklung und Konsolidierung.

Wenn demnach gewünscht wird, daß Ungarn an der Verbindung mit Oesterreich aufrichtig und getreu festhalte, ja sogar für diese Verbindung Opfer bringe, so muß der Beweis geführt werden, daß die unerläßlichen Bedingungen des Fortschrittes, der staatlichen Entwicklung und Konsolidierung Ungarns innerhalb der dualistischen Formen verwirklicht werden können. Andernfalls würden in Ungarn auch die aufrichtigsten Anhänger des Bündnisses mit Oesterreich zu Gegnern des Dualismus gemacht werden.

Heute stehen wir vor der Entscheidung dieser Frage. Eine aufrichtig und ehrlich gemeinte Entwirrung der Krise, durch welche sämtliche Streitfragen in einer dem ungarischen Staatsinteresse entsprechenden, aber nichts gefährdenden Weise gelöst werden, könnte ein gutes Verhältnis der beiden Staaten für die Dauer sichern, eine zweideutige und dilatorische Entwirrung hingegen würde höchstens ein vorläufiges Fortwärtsein ermöglichen, würde aber unbedingt das fortwährende Auftauchen neuer und wiederholter Konflikte, ja vielleicht mit der Zeit auch den Bruch des Bündnisses nach sich ziehen. Es hängt nicht von uns Ungarn ab, welcher dieser beiden Wege gewählt wird.

**Die Audienz Kossuths.**

Am Samstag wird, wie gemeldet, der Führer der Unabhängigkeitspartei Franz Kossuth Gelegenheit haben, beim Monarchen in Audienz zu erscheinen. Die Berufung Kossuths geschieht auf Vorschlag des Ministerpräsidenten Dr. Weyerles.

Weitere Dispositionen der Krone sind, wie die „Budapester Korrespondenz“ schreibt, bisher nicht getroffen, so daß die Nachrichten über neuerliche Berufungen an maßgebender Stelle zumindest als verfrüht bezeichnet werden. Die weiteren Dispositionen scheinen lediglich von dem Ergebnis der bevorstehenden Audienz Franz Kossuths beim Monarchen abhängig zu sein.

Handelsminister Franz Kossuth wird sich morgen um 5 Uhr nachmittags in Begleitung seines Sekretärs Dr. Alexander Pallay nach Wien begeben.

**Die offizielle Mitteilung über die Audienz Dr. Weyerles.**

Die Budapester Korrespondenz meldet: In der heutigen Audienz des ungarischen Ministerpräsidenten beim Monarchen erneuerte Dr. Weyerles im Namen des Gesamtkabinetts die Bitte um Enthebung aus dem Amte. Dr. Weyerles motivierte nicht nur eingehend dieses Ansuchen, sondern erstattete dem Monarchen auch einen umfassenden Bericht über die politische und parlamentarische Situation in Ungarn. Der Kaiser nahm die Berichtserstattung Dr. Weyerles entgegen, behielt sich aber eine Entscheidung für einen späteren Zeitpunkt vor, weil den Entschlüssen der Krone die Audienz des Führers der Majoritätspartei des Abgeordnetenhauses Franz Kossuth vorangehen soll. Somit ist eine Entscheidung des Monarchen erst für die nächste Woche zu gewärtigen.

**Konferenz Dr. Weyerles mit Baron Burian.**

Um halb 4 Uhr nachmittags empfing Ministerpräsident Dr. Weyerles einen Besuch des gemeinsamen Finanzministers Baron Burian, mit dem er längere Zeit konferierte.

**Rückreise Dr. Weyerles nach Budapest.**

Die „Budapester Korrespondenz“ meldet: Ministerpräsident Dr. Alexander Weyerles hat sich heute nachmittags um 5 Uhr in Begleitung seines Sekretärs Doktor Stephan v. Barczy nach Budapest zurückbegeben. Der Minister am königlichen Hoflager Graf Madar Zichy bleibt bis auf weiteres in Wien.

**Das Organ der Bankgruppe gegen die Siebenundsechziger Anhänger der Bankgemeinschaft.**

„Magyarország“, das Organ der Bankgruppe, schreibt heute aus Anlaß der Gerüchte von einem eventuellen Kabinett Huon-Hedervary: Der Unabhängigkeitspartei hat man nunmehr den Namen des Grafen Huon-Hedervary oder den des Herrn von Lukacs genannt. Die Unabhängigkeitspartei wird mit keinem Siebenundsechziger Politiker, der für die gemeinsame Bank eintritt, eine gemeinsame Aktion beginnen, weder mit Dr. Weyerles noch mit irgend jemand anderem. Es kann davon die Rede sein, daß in Wien eine Kalkulation der W- und Reuliberalen versucht wird, daß man den Versuch anstellt, den Grafen Andrássy, den Grafen Stephan Tisza und Dr. Weyerles in einer Partei zu vereinigen. Davon aber kann nicht die Rede sein, daß dieselbe Sache im Vereine mit Kossuth und der Unabhängigkeitspartei durchgeführt wird. Die Lukacschen Vorschläge finden auch bei den Anhängern der gemeinsamen Bank keinen Anklang mehr. Ein jeder weiß, daß der Antrag des Herrn v. Lukacs, der Anhänger der

gemeinsamen Bank ist, seitens der Unabhängigkeitspartei einstimmig zurückgewiesen wurde, wie man auch jenen Dr. Weyerles und des Grafen Andrássy zurückgestellt hat.

**Herr v. Kristoffy in Wien.**

Wien, 30. September.

Herr v. Kristoffy ist aus Budapest hier eingetroffen. Es heißt, daß seine Anwesenheit in Wien nur mit Familienangelegenheiten zusammenhängt, da er seinen Sohn im Militärinstitut von Kornenburg unterbringen will.

**Landtag und Reichsrat.**

Wien, 30. September.

Noch einmal hat heute der Oberlandmarschall Prinz Lobkowitz einen Vermittlungsversuch bei den Czechen unternommen, aber mit demselben negativen Erfolge wie bisher, und nunmehr ist es mit allen diesen Versuchen zu Ende, und der Landtag wird keine Sitzung mehr halten. Samstag wird der Ministerrat darüber entscheiden, ob der Landtag vertagt oder geschloffen werden soll. Da man in den Kreisen des konservativen Großgrundbesitzes noch immer nicht die Hoffnung aufgibt, in einem späteren Zeitpunkt zu einer Kompromißtagsordnung zu gelangen, und da in diesem Falle der Landtag im Dezember zu einer Session einberufen werden soll, gilt es augenblicklich für wahrscheinlicher, daß der Ministerrat am Samstag nur mit der Vertagung vorgehen und zur Schließung erst schreiben wird, wenn die erwähnten Hoffnungen des konservativen Großgrundbesitzes sich als trügerisch erweisen sollten. In diesem Falle würde aber die Schließung nur die Vorläuferin der Auflösung sein. In politischen Kreisen hatte man übrigens vielfach angenommen, daß es zu einer anderen Lösung der Tagesordnungsfrage kommen werde, und noch gestern, als die Vollversammlung der deutschen Abgeordneten den tschechischen Forderungen bereits die bestimmteste Ablehnung entgegengezeigt hatte, tauchte plötzlich die Meldung auf, daß sich noch ein Modus für die Aktionsfähigkeit des böhmischen Landtages finden lassen. Manche glaubten nämlich annehmen zu sollen, daß der Oberlandmarschall Prinz Lobkowitz mangels einer Verständigung der Parteien die Tagesordnung, wie es ihm nach der Geschäftsordnung zusteht, selbständig festsetzen werde, und zwar in der Weise, daß er als ersten Punkt den Antrag auf Einsetzung von ein oder zwei Kommissionen und als zweiten Punkt die erste Lesung der Ausgleichsvorlagen bestimmen würde. Aber durch Mittelsmänner, die man behufs Sondierung zu den Czechen sandte, erfuhr man, daß die Czechen der Ausführung dieses Planes, der auch auf deutscher Seite den stärksten Widerspruch erregt hätte, entschieden abgeneigt seien. Deshalb unterließen die weiteren Schritte. Morgen wird der Oberlandmarschall Prinz Lobkowitz und der Statthalter Graf Coudenhove nach Wien kommen, um mit dem Ministerpräsidenten Freiherrn v. Wienert zu konferieren. In dieser Besprechung wird hauptsächlich die Frage erörtert werden, ob nach dem Verlaufe der letzten Verhandlungen noch die Annahme statthaft sei, daß man im Dezember eher zu einer Verständigung über die Aktionsfähigkeit des Landtages gelangen könnte. Die Auffassung des Oberlandmarschalls und des Statthalters wird von großem Einflusse auf die Entscheidung sein, welche der Ministerrat am Samstag fällen wird.

Nunmehr, da der Landtag in den Hintergrund tritt, steht die Reichstagsfrage als erster Punkt wieder auf der Tagesordnung. Die Einberufung des Reichsrates ist für den 20. Oktober geplant und könnte in einem früheren Zeitpunkt überhaupt nicht erfolgen, da die Bauarbeiten im Parlamentsgebäude erst am 18. Oktober vollendet sein werden. Wie die Czechen und die anderen Obstruktionsparteien, die der slavischen Union angehören, sich im Parlament verhalten wollen, erscheint schon durch die intendanten Politik, welche die Czechen bei den Verhandlungen über ihren Landtag betätigt haben, vorgezeichnet. Je näher die Reichstagsstagung kommt, desto häufiger und schärfer werden die Drohungen mit der Wiederaufnahme der Obstruktion. In Prag wollten die Czechen nicht den geringsten Preis für das Aufgeben der deutschen Obstruktion bezahlen, nicht einmal auf die Einsetzung von zwei gleichzeitigen Kommissionen verzichten, und in Wien verlangen sie einen hohen, unerwähnten Preis, über den sich die anderen Parteien in Verhandlungen überhaupt nicht einlassen können. Man macht sich also in den Kreisen der Deutschen und der anderen arbeitswilligen Parteien bereits mit dem Gedanken vertraut, daß nach der Wiedereröffnung der Reichstags-session das Aktionskomitee der slavischen Obstruktionsparteien das Haus wird beherrschen wollen. Nun wird die Frage erwohnen, ob man den Dringlichkeitsanträgen der slavischen Union, wie dies schon mehrmals geschehen ist, nicht mit Dringlichkeitsanträgen der Majorität entgegentreten soll, in welche die wichtigsten Regierungsvorlagen einzuschließen wären. Die Regierung selbst scheint sich aber mit einer beratigen Abwehr der Obstruktion nicht bestreuen zu wollen und vielmehr auf einer normalen Tätigkeit des Abgeordnetenhauses zu bestehen. Das Erfordernis der Zweidrittelmajorität, welches bei derzeitigen Dringlichkeitsanträgen eintritt, ist mit so vielen technischen und politischen Schwierigkeiten verbunden, daß die Regierung zu diesem Auskunftsmittel nach den Erfahrungen, die in der letzten Session damit gemacht wurden, nicht schreiten will. Vor der Eröffnung der Session werden die Führer der Majorität miteinander in Verbindung treten, um über Mittel und Wege zu beraten, wie einer Obstruktion der slavischen Parteien entgegenzutreten sei. Zum mindesten soll alles aufgeboten werden, um für das Budgetprovisorium die verfassungsmäßige Erledigung zu sichern.